Hinweise zur Erstellung und Gestaltung einer Seminararbeit

Die nachstehenden Regeln und Hinweise beschreiben die wichtigsten formalen und inhaltlichen Anforderungen für Seminar- und Prüfungsseminararbeiten im Schwerpunktbereich 1.

Verstöße gegen die Regeln der wissenschaftlichen Arbeit können zu erheblichen Punktabzügen bis hin zum Nichtbestehen führen!

Seien Sie schon hier auf die wichtigste Grundregel hingewiesen:

Die Seminararbeit muss Ihre gedankliche Leistung sein und selbständig formuliert werden. Alle wörtlichen Übernahmen aus fremden Werken müssen durch Anführungszeichen und Quellennachweise kenntlich gemacht werden. Auch die sonstige (nicht wörtliche) Übernahme fremden Gedankengutes muss in Fußnoten nachgewiesen werden.

Siehe zudem den Hinweis des Prüfungsamts zu generativer KI:

1. Der Einsatz von generativer KI (ChatGPT u.Ä.) als Hilfsmittel der Recherche (zur Ermittlung von relevanten Tatsachen, Normen, Rechtsprechung, Literatur) ist zulässig und nicht kennzeichnungspflichtig. Allerdings erfüllt eine derartige Recherche nicht die für Ihre juristische Ausarbeitung relevante Aufgabe, sich eigenständig und unmittelbar mit den rechtswissenschaftlichen Quellen (Normen, Rechtsprechung, Literatur) auseinanderzusetzen und ggf. relevante Tatsachen auf der Grundlage seriöser Quellen einzubeziehen. Es ist ferner zu beachten, dass Systeme der generativen KI keine verlässliche und deshalb auch keine zitierfähige Informationsquelle darstellen und besonderen Einschränkungen unterliegen (beispielsweise halluzinieren sie inexistente Fakten und Belege oder operieren auf einer veralteten oder unzutreffenden Datenbasis). In Ihrer Ausarbeitung müssen Sie alle Aussagen, die Sie aufgrund einer Recherche mit generativer KI treffen, durch Verweise auf die unmittelbaren Quellen eigenständig überprüfen und belegen.
2. Die nicht gekennzeichnete wörtliche Übernahme von Ergebnissen des Einsatzes generativer KI stellt (wie auch der Einsatz eines Ghostwriters) einen verbotenen Täuschungsversuch dar und führt im Regelfall zum Nichtbestehen. Auch die gekennzeichnete wörtliche Übernahme von Textteilen verletzt das Gebot der eigenständigen Bearbeitung (ebenso wie die umfängliche wörtliche Übernahme von Text aus der Literatur) und führt zu ggf. empfindlichen Punktabzügen oder gar dem Nichtbestehen.

Einzelheiten zur Kennzeichnung wörtlicher Zitate finden Sie auf S. 10 f.

I. Allgemeines

Bitte schreiben Sie Ihre Seminararbeit mit Computer. Folgen Sie im Übrigen den **Vorgaben des Prüfungsamtes**: Abzugeben sind danach:

- 1 gebundenes Exemplar (Ringbindung) mit Matrikelnummer, aber ohne Name und ohne Unterschrift und
- 1 digitale identische Fassung mit Matrikelnummer, aber ohne Name und ohne Unterschrift. Die Datei (PDF-Format) muss auf Stud.IP hochgeladen werden. Dort wird im Bereich der Lehrveranstaltungen Prof. Fischers ein entsprechend gekennzeichnete Ordner bereitgestellt werden, der lediglich den Upload von Dateien gestattet.

Der gedruckten Fassung ist die per E-Mail vom Prüfungsamt mitgeschickte Versicherung in einfacher Ausfertigung auf einem einzigen, einzelnen und losen Blatt (nicht einbinden und nicht einheften) beizufügen, dass die Arbeit selbstständig angefertigt wurde und nur die angegebenen Hilfsmittel verwendet wurden (§ 2 Abs. 5 S. 4 StudPO). Die Versicherung ist zu unterschreiben.

II. Vorspann

Die Seminararbeit ist eine wissenschaftliche Arbeit, in der sich der Verfasser / die Verfasserin mit der vom Thema vorgegebenen Fragestellung auseinandersetzt. Vor dem eigentlichen Text steht ein Vorspann, der aus folgenden Teilen besteht:

1. Deckblatt

Auf dem Deckblatt des gebundenen Exemplars und der digitalen Fassung sind nur die Matrikelnummer, der Prüfer / die Prüferin, die Lehrveranstaltung, in deren Rahmen die Arbeit angefertigt wird, und der Titel der Arbeit anzugeben. Bitte folgen Sie dabei dem folgenden Muster:

Matrikelnummer: 1234567
Seminar „Orte des Rechts in Paris“ bei Prof. Dr. Carsten Fischer im Sommersemester 2021 Thema: „Das Gefängnis Bicêtre“

2. Gliederung

Die Gliederung dient als Inhaltsverzeichnis, das es dem Leser / der Leserin ermöglicht, sich einen Überblick über den Aufbau der Arbeit zu verschaffen und einzelne Abschnitte schnell aufzufinden.

Die Gliederung muss sämtliche Überschriften und Zwischenüberschriften enthalten, durch die der Text der Arbeit strukturiert wird, und die jeweiligen Seitenzahlen.

Beispiel:

A. Lage und Baugeschichte des Bicêtre-Komplexes	1
I. Die geographische Lage	2
1. Ursprüngliche Anlage	2
2. Spätere Verlegung.....	3
II. Baugeschichte.....	4
1. Mittelalter.....	4
2. Erweiterungen in der Neuzeit	5
3. Familienrecht.....	6
B. Die Regelungen über die Erbtochter.....	8

Wie die Arbeit im Einzelnen zweckmäßig gegliedert wird, bleibt dem jeweiligen Bearbeiter / der jeweiligen Bearbeiterin überlassen. Jedenfalls sollte eine allzu detaillierte Gliederung vermieden werden.

Die Gliederungspunkte sollen in geeigneter Weise nummeriert werden. Eine so genannte **dekadische Gliederung** („1. Lage und Baugeschichte des Bicêtre-Komplexes – 1.1. Die geographische Lage – 1.1.1 Südflügel“) **ist nicht erwünscht!**

Wichtig bei der Gliederung ist, dass es auf jeder Gliederungsebene mindestens zwei gleichrangige Gliederungspunkte geben muss (vgl. obiges Beispiel). Wer „A.“ sagt, der muss auch „B.“ sagen und wer „1.“ sagt, muss auch „2.“ sagen.

3. Literaturverzeichnis

Das Literaturverzeichnis dient dazu, dem Leser zu ermöglichen, die in den Fußnoten nur abgekürzt angegebenen Werke zu finden und damit die inhaltlichen Aussagen zu überprüfen. Außerdem können sich Korrektoren / Korrektorinnen mithilfe des Literaturverzeichnisses einen

Überblick über den Umfang der verwendeten Literatur und damit über die Mühe verschaffen, die auf die Literaturrecherche verwendet wurde.

Im Literaturverzeichnis müssen die Werke der Sekundärliteratur alphabetisch nach den Nachnamen der Verfasser / der Verfasserinnen geordnet aufgeführt werden, auf die in den Fußnoten der Arbeit verwiesen wird. Es müssen **alle in den Fußnoten angeführten Werke der Sekundärliteratur und die Editionen, denen die behandelten Quellen entnommen wurden**, verzeichnet werden. Auch verwendete Übersetzungen sind nachzuweisen. Gerichtsentscheidungen und die Fundstellen moderner Gesetzestexte gehören hingegen nicht in das Literaturverzeichnis.

Für das **Literaturverzeichnis** gelten folgende Regeln:

Bei **allen Werken** ist der **Vor- und Nachname** des Verfassers / der Verfasserin anzugeben. Hat ein Buch statt eines Verfassers / einer Verfasserin einen Herausgeber / eine Herausgeberin, so wird diese/r im Literaturverzeichnis genannt und mit dem Zusatz (Hg.) kenntlich gemacht. – **Auf die Angabe des ausgeschriebenen Vornamens darf nur verzichtet werden, wenn er aus dem zitierten Werk nicht ersichtlich ist.** Titel und Berufsbezeichnungen des Verfassers / der Verfasserin dürfen nicht angegeben werden.

Wenn ein Werk keinen Verfasser / keine Verfasserin oder Herausgeber / Herausgeberin nennt, wird nur der Titel genannt und das Werk entsprechend alphabetisch eingereiht.

Das Literaturverzeichnis darf (muss aber nicht) in einen Abschnitt für Quellen und einen weiteren für die Sekundärliteratur unterteilt werden. Andere **Untergliederungen (etwa für Kommentare, Monographien, Aufsätze) sind nicht zulässig!** Vielmehr muss die gesamte benutzte Literatur in einer alphabetisch geordneten Liste enthalten sein.

Das Literaturverzeichnis soll sämtliche benutzte Werke, aber auch nur diese enthalten. **Werke, die nicht in den Fußnoten des Haupttextes zitiert werden, dürfen nicht in das Literaturverzeichnis aufgenommen werden.**

Für die verschiedenen Literaturgattungen gelten die folgenden Regeln:

Bei **Büchern** muss der Autor / die Autorin mit Vor- und Nachnamen, der Titel, der Verlagsort und das Erscheinungsjahr angegeben werden. Bei mehrbändigen Werken muss außerdem der verwendete Band angegeben werden. Ist ein Werk in mehreren Auflagen erschienen, muss

ferner die benutzte Auflage genannt werden. Hingegen ist die Angabe „1. Auflage“ zu unterlassen, wenn gar keine weiteren Auflagen erschienen sind.

Beispiele:

Haferkamp, Hans-Peter, Die Historische Rechtsschule, Frankfurt am Main 2018.

Larenz, Karl / Canaris, Claus-Wilhelm, Lehrbuch des Schuldrechts, Bd. II/2, 13. Auflage, München 1994.

Bei einigen **Kommentaren** ist es üblich, sie nicht nach den (derzeitigen) Herausgebern / Herausgeberinnen, sondern nach dem Begründer / der Begründerin (Begr.) oder nach einem Sachtitel zu zitieren (und in das Literaturverzeichnis einzusortieren). Es gelten die folgenden Muster:

Staudinger, BGB, §§ 889–902, Neubearbeitung, München 2019.

Säcker, Franz Jürgen et al., Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch,

- Bd. 1/1, 9. Auflage, München 2021.

- Bd. 2, 9. Auflage, München 2022.

Hau, Wolfgang / Poseck, Roman, Beck'scher Online-Kommentar Bürgerliches Recht, 68. Ed., Stand 01.11.2023.

Der Bearbeiter / die Bearbeiterin einer konkreten Kommentierung taucht nicht im Literaturverzeichnis auf. Wenn mehrere Bände eines Kommentars oder eines anderen Werkes in der Arbeit zitiert werden, müssen sie alle im Literaturverzeichnis genannt werden.

Wenn mehrere Bände eines Kommentars oder eines anderen Werkes in der Arbeit zitiert werden, müssen sie alle im Literaturverzeichnis genannt werden.

Bei **Aufsätzen aus einer Zeitschrift** müssen außer dem Namen des Verfassers / der Verfasserin der Titel des zitierten Aufsatzes, der Name der Zeitschrift, das Erscheinungsjahr und die Seitenzahlen (Anfangsseite bis Endseite), auf denen der Aufsatz zu finden ist, genannt werden.

Beispiel:

Schneider, Norbert, Über den Un-Sinn, die halbe Geschäftsgebühr mit einzuklagen, NJW 2007, 2002–2008.

Bei manchen Zeitschriften ist es üblich, zusätzlich den Jahrgang der Zeitschrift anzugeben.

Kannowski, Bernd, Der König und der Kohlenträger: Szenen eines spätmittelalterlichen Strafprozesses „van der koninkliken walt wegen“ in Wismar, in: ZRG GA 116 (1999), 498–503.

Bei **Beiträgen aus Sammelbänden** (Festschriften etc.) muss der einzelne zitierte Aufsatz im Literaturverzeichnis aufgenommen werden. Zusätzlich zu den bei Büchern generell üblichen Angaben müssen der Name des Verfassers / der Verfasserin des zitierten Beitrages, der Titel des Beitrages und die Seiten, auf denen der zitierte Beitrag zu finden ist, genannt werden.

Beispiel:

Dondorp, Harry / Schrage, Eltjo J. H., The Sources of Medieval Learned Law, in: John W. Cairns, Paul J. du Plessis (Hg.), The Creation of the Ius Commune. From Casus to Regula, Edinburgh 2010, 7–56.

Artikel aus Lexika sind – wie Aufsätze – unter dem Namen des Verfassers / der Verfasserin einzeln aufzuführen. Die Aufführung des Lexikonbandes im Literaturverzeichnis genügt also nicht. Werden mehrere Beiträge aus demselben Lexikonband zitiert, so macht es aus Gründen der Platzersparnis Sinn, den Band ausführlich bibliographisch anzugeben und die einzelnen Beiträge hieraus nur unter Nennung verkürzter bibliographischer Angaben.

Beispiel (zu den vollen bibliographischen Angaben des HRG s.u.):

Diestelkamp, Bernhard, Art. „Kammerlehen“, in: Cordes u.a. (Hg.), HRG, 2. Aufl., Bd. 2, Sp. 1563–1566.

Bei Literatur, die im Internet verfügbar ist, gelten grundsätzlich dieselben Regeln wie bei gedruckter Literatur. Zusätzlich muss die Adresse (URL) angegeben werden, unter der das Werk im Internet abrufbar ist; außerdem ist anzugeben, wann die entsprechende Internetseite zuletzt aufgerufen wurde. Dies ist erforderlich, weil sich Inhalte im Internet schnell ändern können, so dass die bei Abfassung der Arbeit verwendete Version möglicherweise später nicht mehr zur Verfügung steht. Keine Internetquellen sind die über das Internet zugänglichen Datenbank-Versionen von Kommentaren oder Zeitschriften.

Beispiel:

Conte, Emanuele, Eine Rezeption germanischen Rechts in Italien? Römisch-wissenschaftliches Recht und vulgarrechtliche Tradition in den italienischen Städten des 12. und 13. Jahrhunderts, *Forum Historiae Iuris*, 5.11.2004, <http://www.forhisiur.de/zitat/0411conte.htm>, abgerufen am 22.2.2011.

Ogorek, Regina, Inconsistencies and Consistencies in 19th Century Legal Theory, *German Law Journal* 11 (2011) 34–57, <http://www.germanlawjournal.com/index.php?pageID=11&artID=1305>, abgerufen am 24.06.2022.

III. Der Text der Seminararbeit

Anders als bei Arbeiten, die der Lösung eines Falls in einem Gutachten dienen, gibt es für Aufbau und sprachliche Gestaltung von Seminararbeiten keine detaillierten Regeln. Soweit die Exegese einer Quelle verlangt wird, kann sich der Aufbau am üblichen Schema der rechtshistorischen Exegese orientieren.¹ In erster Linie muss der Aufbau jedoch geeignet sein, um die in der Aufgabenstellung enthaltenen Anforderungen zu erfüllen. Insbesondere der im Schema der Exegese vorkommende Vergleich mit dem heutigen Recht sollte nur vorgenommen werden, sofern dies sinnvoll und von der Aufgabenstellung gefordert ist.

Die Arbeit darf einen **Umfang von 25 Seiten** bei der unter 1. (sogleich) angegebenen Formatierung nicht überschreiten, soweit in der Aufgabenstellung kein anderes Seitenlimit genannt ist.

1. Technische Gestaltung

Die Arbeit muss wie folgt formatiert werden:

Rand: links 6 cm, rechts 2 cm, oben und unten 2,5 cm

Schriftart: Times New Roman; Schriftgröße 12 pt (Haupttext) / 10 pt (Fußnoten), normale Laufweite

Zeilenabstand: 1,5 Zeilen (Haupttext); 1 Zeile (Fußnoten).

¹ Siehe hierzu z.B. Schlosser, Hans / Sturm, Fritz / Weber, Hermann, *Die rechtsgeschichtliche Exegese*, München 1993.

2. Literaturlauswertung und -nachweise

a) Auswertung der Sekundärliteratur

Die Arbeit soll auf der Basis der existierenden Quellen und der verfügbaren Sekundärliteratur geschrieben werden. Dabei sollte auf die Verwendung aktueller und seriöser Literatur geachtet werden. Nach Möglichkeit sollte die **neueste Auflage** des jeweiligen Werkes verwendet werden.

Zur **Literaturrecherche** können unter anderem die Register der rechtshistorischen Zeitschriften genutzt werden, insbesondere die Fünfundzwanzigjahresregister der **Zeitschrift für Rechtsgeschichte der Savigny-Stiftung mit Sach-, Quellen- und Personenverzeichnissen**. Sie ermöglichen es, gezielt nach Literatur, etwa zu einer bestimmten Quelle, zu suchen.

Ältere Sekundärliteratur ist im Bereich der Rechtsgeschichte häufig noch wertvoll, doch muss berücksichtigt werden, dass solche Literatur häufig aus einer anderen Perspektive geschrieben ist als moderne Werke. Zum Beispiel behandelt die pandektistische Literatur des 19. Jahrhunderts das römische Recht als geltendes Recht. Sie will den Quellen des antiken Rechts brauchbare Lösungen für die damalige Zeit entnehmen. Als Stellungnahme zur Bedeutung bestimmter Quellentexte in ihrem ursprünglichen Zusammenhang ist diese Literatur daher nur mit Vorsicht verwendbar. Eine gewisse Vorsicht ist etwa auch bei der romanistischen Literatur aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geboten: Sie ist geprägt von der Überzeugung, dass die Texte der klassischen Juristen, die in den Digesten überliefert sind, massiv durch Interpolationen verändert wurden und dass diese Interpolationen erkennbar und der Originaltext rekonstruierbar ist. Dieser Optimismus wird heute überwiegend nicht mehr geteilt.

Zusätzlich sei für die erste Annäherung an germanistische rechtshistorische Themen hingewiesen auf das „Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte“ (HRG):

- Cordes, Albrecht / Haferkamp, Hans-Peter / Kannowski, Bernd / Lück, Heiner / Schmidt-Wiegand, Ruth / de Wall, Heiner / Werkmüller, Dieter (Hg.): Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, 2. Aufl., bislang erschienen Bde. 1–3 / Lieferungen 1–29, Berlin 2008–2022.
- Erler, Adalbert / Kaufmann, Ekkehard (Hg.): Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, 1. Aufl., 5 Bde., Berlin 1971–1998.

Internet-Quellen können grundsätzlich verwendet werden, sofern es sich um seriöse wissenschaftliche Quelleneditionen bzw. seriöse Sekundärliteratur handelt (zur Zitierweise s.o.).

Grundsätzlich nicht zitierbar ist die **Wikipedia**. Es handelt sich dabei zwar um eine wertvolle Informationsquelle. Der Inhalt der Wikipedia ist aber jederzeit und von jedermann veränderbar. Daher gibt es auch keinen Autor, der die Verantwortung für den Text übernimmt.

b) Nachweise in Fußnoten

Soweit im Text Ihrer Arbeit fremdes Gedankengut verwendet wird, ist dies in Fußnoten nachzuweisen. In den Fußnoten sind einschlägige Belege aus der Sekundärliteratur und der Rechtsprechung anzuführen. Gesetzesparagrafen gehören nicht in die Fußnoten. Die Fußnoten sollen in der Regel nur Hinweise zur benutzten Literatur, keine inhaltlichen Ergänzungen zum Haupttext enthalten. Sinnvoll ist es allerdings, die genaue Bedeutung des Literaturzitats kenntlich zu machen, sofern sich dort nicht exakt der im Text ausgesprochene Gedanke findet.

Beispiele:

Ähnlich BGH NJW 2007, 2054, 2055.

Anderer Ansicht Haferkamp, Historische Rechtsschule, S. 189, Fn. 568.

Da sich detaillierte Angaben zu den zitierten Werken im Literaturverzeichnis finden lassen, genügen in den Fußnoten verkürzte Angaben.

Beispiele:

Vgl. Kannowski, ZRG GA 116 (1999) 500.

Ebenso Dondorp/Schrage, in: Cairns/du Plessis, Creation 14.

Diestelkamp, Art. „Kammerlehen“, HRG 2, 1563.

Unverzichtbar ist in jedem Fall die Angabe der Seite (oder, bei Werken mit Spaltenzählung, der Spalte), auf die sich das Zitat konkret bezieht. Bei Kommentaren sollte jeweils der Bearbeiter / die Bearbeiterin genannt werden, von dem / der die zitierte Kommentierung stammt. Außerdem ist der kommentierte Paragraph zu nennen. Statt der Seitenzahl kann oft die relevante Randnummer angegeben werden.

Beispiele:

Staudinger/Gursky, § 892, Rn. 2.

So auch Münchener Kommentar/Ernst, § 323, Rn. 5.

Wichtig: Dadurch, dass eine Aussage im Text mit einer Fußnote versehen wird, wird nur zum Ausdruck gebracht, dass der im Text geäußerte Gedanke sinngemäß in dem angeführten Werk zu finden ist. Die Fußnote besagt nicht, dass Text aus dem angeführten Werk wörtlich übernommen wurde.

Wörtliche Zitate müssen – zusätzlich zum Quellennachweis in der Fußnote – durch Anführungszeichen („“) kenntlich gemacht werden.

Eine Ausnahme gilt nur für längere (Faustregel: mehr als zwei Zeilen) Zitate aus einer Quelle. Bei solchen Zitaten reicht es, wenn sie durch Einrückung oder sonstige drucktechnische Hervorhebung UND Angabe der zitierten Quelle eindeutig kenntlich gemacht werden.

Beispiel:

Ssp. LeR 4 § 1

Des rikes denst, dat dem manne geboden wert mit ordelen ses weken vor deme dage er he varen sole, unde ime dat geküндеget wert dar 't tvene man des herren horen, dar sal he denen bi plicht binnen düdischer tungen die deme romeschen rike underdan is. Alle die aver in osterhalf der sale belent sin, die solen dienen to weneden unde to polenen unde to behemen. Ses weken sal die man dienen sime herren mit sines selves kost, unde ses weken vore unde ses weken na sal he des rikes vrede hebben unde schacht rowe, so dat ime nen sin herre to lenrechte degedingen ne mach noch des rikes dienst gebieden.

Der Reichsdienst, der dem Mann durch Urteil geboten wird sechs Wochen vor dem Tag, an dem er ausziehen soll, und der ihm so verkündet wird, dass es zwei Mannen des Herrn hören, den hat er pflichtgemäß zu leisten im Lande deutscher Zunge, das dem römischen Reiche Untertan ist. Alle aber, die östlich der Saale belehnt sind, sollen im Wendenland, in Böhmen und in Polen den Dienst leisten. Sechs Wochen muss der Lehnsman seinem Herrn auf eigene Kosten dienen, und sechs Wochen vorher und nachher soll er den Frieden des Reiches und Ruhe vom Lanzendienst haben, sodass ihn keiner seiner Herren zum Lehensgericht laden oder zum Reichsdienst aufbieten kann.

(Übersetzung entnommen www.sachsenspiegel-online.de, Gemeinschaftsprojekt der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel und der Fachhochschule Braunschweig / Wolfenbüttel zur Digitalisierung, Transkription und Übersetzung des Wolfenbütteler Sachsenspiegels, fol. 59v u. 60r, abgerufen am 09.03.2021)

Sofern in einem solchen Fall die Übersetzung nicht von dem Verfasser / der Verfasserin der Seminararbeit stammt, muss auch die Quelle der Übersetzung nachgewiesen werden.

Werden wörtliche Übernahmen nicht gekennzeichnet, so wird dies als Täuschungsversuch gewertet. Längere wörtliche Zitate sind – auch bei korrekter Kennzeichnung – nicht erwünscht.

Die Bearbeiterinnen und Bearbeiter sollen die in der Literatur gefundenen Gedanken in eigenen Worten wiedergeben!